

## **Für eine nachhaltige Entwicklung der Städte und Regionen**

### **Lebenswerte Städte und Regionen**

Die Stadt ist Marktplatz und Verkehrsknotenpunkt, Ort für Wirtschaft und Handel, Wohnort, Ort der Kultur, der Bildung und des geistigen Lebens. Die Stadt ist der Ort der individuellen Lebenserfahrung, der persönlichen Identifikation und der politischen, geistigen und baukulturellen Geschichte. Ein selbstbewusstes Bürgertum, eine demokratisch verfaßte kommunale Selbstverwaltung, räumliche Dichte, Lebens- und Nutzungsvielfalt verbinden wir mit dem Begriff der "Europäischen Stadt". Wir wollen deren bauliches, kulturelles und demokratisches Erbe stärken und fortentwickeln.

Der gesellschaftliche, wirtschaftliche und demografische Wandel verändert die räumlichen und sozialen Strukturen der Städte und Siedlungsräume grundlegend. Die Tradition der europäischen Stadt wird durch anhaltende Funktionstrennung in Frage gestellt. Dienstleistung und Handel im Zentrum, Industrie und Gewerbe an der Peripherie, Wohnen im Vorort, Einkaufen in der Mall oder im Shopping Center, Tendenzen zu sozialer und ethnischer Abgrenzung und expansiver Flächenverbrauch für die autogerechte Erschließung prägen Städte und Regionen heute. Parallel dazu zeichnen sich im europäischen Raum erhebliche Veränderungen bei der Verteilung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung von Regionen ab. Neben Wachstumsregionen entstehen Stagnations- und Entleerungsräume.

Bündnis 90/ Die Grünen unterstützen die Stärkung der Regionen und wollen die Bedeutung der Stadt als Lebensraum und Wohnort ausbauen. Um Suburbanisierung und Flächenverbrauch einzudämmen, ist die Entwicklung der Städte verstärkt an neuen Qualitäten von Wohnraum und Wohnumfeld, Grün- und Freiflächen sowie stadtverträglichem Verkehr zu orientieren. Wir wollen eine Stadt, in der Bewohner aller sozialen Gruppen wohnen und wir wollen das Nebeneinander von Wohnen, Handel, Gewerbe, Dienstleistung, Kultur, Freizeit erhalten und wiederbeleben. Wir wollen die Kooperation in den Regionen verbessern, die kulturelle Identität stärken und ungleichen Chancen der räumlichen Entwicklungen entgegenwirken. Städte und Regionen sind als vitale Wirtschaftsräume zu erhalten und wiederzugewinnen. Die Gesellschaft

soll mehr Möglichkeiten bekommen, Verantwortung zu übernehmen und die Zukunft der Städte und Regionen aktiv mitzugestalten.

## **Wirtschaftliche, ökologische und demografische Herausforderungen**

### **Wirtschaftliche Wachstums- und Entleerungsregionen**

Wirtschaftskonzentration und Abbau von Industriearbeitsplätzen stellen Städte und Regionen vor neue Aufgaben. Während das Leitbild der Raumordnung "gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Deutschlands" postuliert, entwickeln sich zunehmende regionale Ungleichgewichte. Den starken Wachstumsregionen Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Rhein-Main-Gebiet stehen Stagnationsräume im Norden und dem Osten Deutschlands gegenüber. In Ostdeutschland vollzieht sich mit Ausnahme der Region Berlin - ein dramatischer wirtschaftlicher Wandel, der viele ländliche Räume und Städte zu Entleerungsregionen macht. Viele ostdeutsche Städte und Regionen haben in den letzten 10 Jahren bereits zwischen 15 und 20 Prozent ihrer Bevölkerung verloren. Über 1 Mio. leer stehende Wohnungen in Ostdeutschland sind zum Synonym der Krise geworden.

### **Ökologische Krise der Stadtregionen**

In den Städten und Stadtregionen werden die Probleme ressourcenverzehrender und umweltbelastender Wirtschaftsformen und Lebensstile unmittelbar sichtbar: Zersiedlung des Umlandes, Bodenversiegelung, Verkehrsbelastung, Müllnotstand, hoher Energieverbrauch und steigende Kosten für Wasserver- und Entsorgung. Im Überlebensinteresse der nachfolgenden Generationen kann der verschwenderische Umgang mit Ressourcen nicht fortgeschrieben werden.

### **Vielfalt der Lebensformen und Bevölkerungsrückgang**

Demographische und soziale Veränderungen sowie neue Lebensweisen und Familienformen haben tief greifende Auswirkungen auf die Entwicklung der Städte und Regionen. In den nächsten Jahrzehnten ist von einem erheblichen Bevölkerungsrückgang auszugehen. Die Einwohnerzahl der Bundesrepublik wird von derzeit 82 auf 70 Mio. im Jahr 2050 zurückgehen.

Der traditionelle Kleinfamilienhaushalt - auf den Wohnungsbau und städtische Infrastruktur noch immer ausgerichtet sind - wird künftig nur noch eine Minderheit darstellen. Mit zunehmender Vielfalt von Lebensformen und Haushaltstypen differenzieren sich die Nutzungsanforderungen an Wohnung, Stadtteil und Region.

Wenn im Jahre 2050 nach Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes 36 Prozent der Bevölkerung 60 Jahre und älter sein werden, wird auf allen Wohnungsmärkten die Nachfrage älterer Menschen prägend. Die Wohnung wird immer mehr die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Lebensführung - infolgedessen bekommen (barrierefreie) Wohnungsausstattungen und Wohnumfeld eine größere Bedeutung. Das Eingebundensein in Nachbarschaften ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für Selbstbestimmung und Lebensqualität im Alter.

### **Sozial-räumliche Segregation**

In den Städten steigt der Anteil kinderloser Haushalte ("double-income-no-kids"), Singles, und junge Berufseinsteiger. Familien mit Kindern wandern ins Umland ab, weil die Stadt wegen schwindender Lebensqualität als kinderfeindlich erlebt wird. In traditionellen Arbeiterquartieren und in Großsiedlungen überwiegen Haushalte mit geringem Einkommen, ältere Menschen und Migranten. Durch den Wegzug von Mittelschichtsfamilien ins Umland oder in andere "bessere" Stadtteile verschärfen sich die Probleme in benachteiligten Stadtquartieren. Stärker als bisher vollzieht sich eine sozial-räumliche Abgrenzung in der Gesellschaft (Segregation).

### **Migration**

Auch wenn Stadtregionen und Städte seit Jahrhunderten die Ankunftsorte der Zuwanderung sind, vollzieht sich in ihnen eine verstärkte soziale Segregation zwischen der Wohnbevölkerung deutscher und nichtdeutscher Herkunft. Segregation ist für Migranten Integrationsvoraussetzung und Integrationshindernis gleichermaßen. Sie ermöglicht Einwanderern ein "Stück Heimat in der Fremde" und erleichtert damit Integration ohne Verlust der eigenen kulturellen Identität. Allerdings wird die Integrationsfähigkeit dort in Frage gestellt, wo sich Segregationsprozesse verfestigen. Deutschland braucht Einwanderung - deshalb muss die deutsche Gesellschaft mehr tun für gleiche Lebenschancen und gleiche Rechte von Migranten. Die Integration von Migranten ist aktiv zu fördern, ohne Assimilation zu verlangen. Dazu gehören Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeits-Angebote, demokratische Teilhabe und die Akzeptanz, dass Migration die Gesellschaft und Kultur verändert. Doch auch die Migranten selbst sind gefordert: ohne ausreichende Sprachkenntnisse und die Bereitschaft zur Auseinandersetzung und zum Miteinander mit der Gesellschaft, in die sie einwandern, kann ein Zusammenleben auf Dauer nicht gelingen.

### **Stärkung der regionalen und lokalen Ökonomie**

Die spezifischen Probleme von Wachstumsräumen auf der einen und Stagnationsräumen auf der anderen Seite erfordern ange-

passte Raumplanungs-, Förderungs- und Entwicklungsinstrumente. Während in Wachstumsregionen eine stärkere Einbeziehung ökologischer Belange, zentrale Aufgabe der nachhaltigen Raumentwicklung ist, sind in strukturell schwachen Regionen primär Wirtschaftsimpulse durch regionale Entwicklungsvorhaben, die Vernetzung von wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Aktivitäten mit der Perspektive einer höheren regionalen Wertschöpfung zu fördern. Die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und innovativer regionaler Kooperation ist eine notwendige Antwort auf Globalisierung und anhaltende Konzentration der Wirtschaft, um Entwicklungsperspektiven und wirtschaftliche Stabilität zu verbessern.

Grüne Wirtschaftspolitik zielt auf die Stärkung von Regionen durch die Verbesserung regionaler Organisationsstrukturen, die Förderung wirtschaftlicher Kooperation und regionaler Kreislaufwirtschaft, der Wirtschaftsvielfalt, durch aktive Arbeitsmarktpolitik und durch den Ausbau der Bildungsinfrastruktur. Insbesondere in strukturschwachen Räumen ist die Entwicklung und Entfaltung vorhandener Potentiale und regionaler, innovativer Kooperationsformen sowie die Mobilisierung der Bevölkerung existentielle Aufgabe. In ländlichen Räumen kann an die Potentiale ökologische Landwirtschaft, Nahrungsmittelqualität, Naturschutz und Tourismus angeknüpft werden. Erst die Bündelung der verschiedenen Maßnahmen und Kompetenzen stellt erforderliche Synergieeffekte her. Diese Prozesse sind mit den Kompetenzen von Regional- und Innovationsmanagements sowie regionalen Entwicklungskonzepten und Aktionsprogrammen zu unterstützen und zu steuern. Die Entwicklungs- und Planungsstrukturen sind zu demokratisieren und politisch zu legitimieren.

Die starke Konkurrenz der Städte und Regionen untereinander führt zu expansiver und undifferenzierter Flächenausweisung für potentielle Gewerbeansiedlung. Innerhalb der Regionen werden im Zuge der Stadt-Umland-Wanderung Arbeitsplätze zunehmend ins Umland der Kernstädte verlagert. Die Verlagerung der Gewerbegebiete an den Rand der Siedlungsräume führt zu neuem Flächenverbrauch und weiterem Verkehrsaufkommen. Trotzdem wird sich auch in Zukunft das größte Potenzial an Erwerbsarbeit in den Städten konzentrieren. Auch künftig werden Führungsvorteile und Austauschfunktionen den Arbeitsmarkt prägen und Ansiedlungen beeinflussen. Um jedoch die Konkurrenz um Investoren abzubauen und Flächenverbrauch einzudämmen, sind regionale Flächennutzungspläne aufzustellen und ein Finanzausgleichssystem einzuführen.

Der Wandel der Arbeitsmärkte hin zu mehr Dienstleistung und Handel sowie die Nutzung der Informationstechnologie bieten viel-

fach die Chance zu kleinteiliger und flexibler Nutzungsmischung innerhalb der Städte. Bündnis 90 / Die Grünen setzen sich für die Förderung innovativer Produktionsmethoden und umweltfreundlicher Technologien ein, um Umweltbelastungen aus der Produktion weiter zu verringern und so eine größere Nähe von Arbeits- und Wohnstandorten zu ermöglichen.

Die soziale und kulturelle Komplexität der Stadt schafft darüber hinaus ein umfangreiches Potenzial an Beschäftigung auf dem zweiten Arbeitsmarkt (Transferarbeitsmarkt) und Arbeit im bürgerschaftlichen Ehrenamt. Beides gilt es, in Nachbarschaften und Stadtteilen zu fördern und zu stärken. "Nischenmärkte" im informellen Sektor sind zum Beispiel durch das Bereitstellen von Räumen zu unterstützen, da sie zur Wirtschaftsvielfalt beitragen und neue Einstiegschancen in den Erwerbsarbeitsmarkt eröffnen können.

## **Nachhaltige Siedlungsentwicklung**

Die weite Verbreitung des Automobils hat es immer größeren Bevölkerungskreisen ermöglicht, den Wunsch nach einem Einfamilienhaus mit Garten in den Randbereichen der Städte zu verwirklichen. Durch steigenden Flächenbedarf für das Wohnen, für Gewerbe und Verkehr haben sich ausgedehnte Ballungsräume entwickelt. Trotz stagnierender Bevölkerungsentwicklung wächst die Siedlungsfläche in Deutschland um mehr als 120 ha täglich. Während die Bodenpreise in den Innenstadtlagen steigen, sind Baugrundstücke im Umland viel zu günstig. Immer mehr kommunale Infrastruktur muß für immer weniger Bevölkerung vorgehalten werden. Die Folgen sind hohe Infrastrukturkosten für die Kommunen, hoher Energieverbrauch durch Verkehr und Raumheizung, steigende Schadstoff- und CO<sup>2</sup>-Belastung und die Reduzierung und Zerschneidung der Landschaftsräume.

Entgegen der fortschreitenden Zersiedlung sollen die vorhandenen Zentren gestärkt werden. Einzelhandel, zentrale Einrichtungen, Arbeitsplätze und verdichtete Wohnformen sind an Standorten zu konzentrieren, die mit öffentlichem Verkehr erreichbar sind. Dies müssen nicht zwangsläufig die historischen Kernstädte sein, aber die Nutzung bereits besiedelter Flächen hat Vorrang vor weiterem Siedlungswachstum an der bisher unbebauten Peripherie. Innenentwicklung vor Außenentwicklung bleibt die zentrale Aufgabe.

Ziel grüner Stadt- und Regionalentwicklungspolitik ist es, Siedlungsformen zu bewahren und zu entwickeln, die städtisches Leben, persönliche Kontakte und Warenaustausch mit einem Minimum an Energie- und Flächenverbrauch ermöglichen. Die "Stadt der kurzen Wege" erfordert ein Mindestmaß an Dichte von Wohn-

bevölkerung und Arbeitsplätzen. Um Stadtflucht zu verhindern, sind attraktive Grün- und Freiflächen in den Stadtteilen, ihre Anbindung an die umgebenden Landschaftsräume sowie eine regionale Freiraumsicherung erforderlich.

Siedlungsentwicklung kann nicht mehr am Leitbild des grenzenlosen Wachstums orientiert werden. Entleerungstendenzen können weder durch offensive Ausweisung von Einfamilienhausgebieten noch durch eine Angebotspolitik an Gewerbe- oder Verkehrsflächen aufgehalten werden. Stattdessen sind differenzierte Strategien für Wachstums-, Stagnations- und Entleerungsregionen zu entwickeln. Erforderlich sind Konzepte zur Stabilisierung und eine sozial- und umweltverträgliche Steuerung des Rückbaus.

Eine nachhaltige Entwicklung der Städte und Regionen hat die Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Belastung und Schadstoffemissionen zum Ziel. Der Energieverbrauch von Wohnungen, Gewerbe und öffentlicher Infrastruktur ist durch erhöhte Wärmedämmung, den Einsatz von Solartechnik und durch Modernisierung der Haustechnik zu reduzieren. Gebäudepässe tragen zur Transparenz bei Energieverbrauch, Betriebskosten und Schadstoffemissionen bei.

## **Stadt zum Wohnen**

Die Stadt für alle sozialen Gruppen, insbesondere auch für Familien mit Kindern als attraktiven Wohnort zu erhalten und zu gestalten, bleibt die Hauptaufgabe der Stadtentwicklungspolitik. Grüne Politik sieht sich dabei den vielfältigen Lebensentwürfen und Lebensformen in der Stadt verpflichtet. Um Abwanderung und Umlandzersiedlung zu stoppen und die Stadt als Wohnort wieder zu stärken, brauchen wir eine Qualitätsoffensive für die Stadt.

Stadtentwicklung und Wohnungsbauförderung hat sich von Wachstumspolitik und "Gießkannenprinzip" zu verabschieden. Dabei sind Bund, Länder und Kommunen gefordert, regional differenzierte (Förder-)Strategien zu entwickeln. Während in München, Stuttgart, Hamburg und Frankfurt Erhalt und Schaffung preiswerten Wohnraums und Schutz vor Verdrängung und überhöhten Mieten zentrale Aufgabe ist, hat in anderen Kommunen Stabilisierung und Weiterentwicklung des Bestandes von Wohnungen und Quartieren Vorrang. Qualitätvolle, differenzierte Grundrisse sowohl für Familien als auch für Single- und Gemeinschaftswohnformen sind Grundlage der Erneuerung der Gebäude und Wohnungen.

Eine ökologisch und sozial orientierte Stadterneuerung zielt aber auch auf die Verbesserung des öffentlichen Raumes und des Wohnumfeldes, sowie der sozialen Infrastruktur mit Kindergärten

und Schulen. Um die Wohn- und Lebensqualität zu verbessern, sind private und öffentliche Grün- und Freiflächen im Wohnumfeld auszubauen, zu qualifizieren, zu sichern und zu vernetzen. Zudem ist die Aufenthaltsqualität vorhandener wohnungsnaher Freiflächen zu verbessern. Dort wo die Stadt bereits hoch verdichtet ist, darf nicht jede noch freie Fläche als Baulücke betrachtet und bebaut werden. Verkehrsüberlastung, Lärm und Unfallgefahren sind abzubauen.

Dem Erhalt und dem Ausbau der preis- und belegungsgebundenen Wohnungsbestände kommt für die Versorgung insbesondere von Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen ebenso wie für die Steuerung der sozialen Mischung in den Stadtquartieren auch in Zukunft eine große Bedeutung zu. Die Kommunen dürfen daher nicht ihre wenigen noch vorhandenen Steuerungsmöglichkeiten und wohnungspolitischen Instrumente durch den Verkauf öffentlicher Wohnungsbestände aus der Hand geben.

Aber auch die städtische Eigentumspolitik ist künftig stärker zu differenzieren. Wir brauchen neben qualitätvollen Mietwohnungen in den Städten künftig mehr Individual-, Gemeinschafts- und Genossenschaftseigentum, um Verfügungs-, Mitbestimmungs- und Identifizierungsmöglichkeiten der Bewohner zu erweitern und Verantwortung für die Quartiere zu stärken. Alternative Trägermodelle und die Direktvergabe von Grundstücken an Baugemeinschaften sind Modelle, die Bündnis 90/Die Grünen befördern wollen.

### **Rückbau der Städte als Chance nutzen**

Die demografische Entwicklung stellt Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik in ganz Deutschland vor neue Aufgaben. Bevölkerungsrückgang und Abwanderung sind mittelfristig kein ausschließlich ostdeutsches Problem. Schon jetzt sind in westdeutschen Stagnationsregionen überdurchschnittlich hohe Leerstände in schlecht erhaltenen Wohnungsbeständen vorhanden. Auch viele westdeutsche Städte werden zukünftig Rückbau statt Wachstum zu organisieren haben.

Die Städte und Gemeinden in Ostdeutschland sind schon heute gefordert, einen 10 bis 20 Jahre dauernden Prozess des Stadtumbaus zu organisieren. Der Rückbau eines Teils der leer stehenden Wohnungen ist unumgänglich geworden. Auch vorhandene Infrastruktur muß teilweise aufgelöst oder für neue Anforderungen umgenutzt werden. Dabei darf es nicht allein um Abrissprogramme gehen, die "perforierte Städte" hinterlassen, sondern vielmehr um einen Stadtumbau, der die veränderten Wohnbedürfnisse einbezieht und neue Perspektiven für die Städte schafft. Die Förderung ist an umfassende Stadtentwicklungskonzepte zu binden, die Szena-

rien der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung einbeziehen. Rückbau soll als Chance genutzt werden für eine städtebauliche Differenzierung, die Erweiterung von Grün- und Freiflächen und damit für die Attraktivitätssteigerung der Quartiere. Die Folgen des wirtschaftlichen Umbruchs und eine verfehlte Förderpolitik sind in Ostdeutschland ohne solidarische materielle Hilfe nicht zu bewältigen.

## **Die soziale und solidarische Stadt gestalten**

Suburbanisierung und Zersiedlung der (Stadt-)Landschaft gehen einher mit der sozialen Entmischung belasteter Stadtquartiere. Die Städte drohen sozial und räumlich auseinander zu fallen. Durch Arbeitslosigkeit, Zuwanderung ausländischer Bevölkerung, Verknappung von preiswertem Wohnraum auf der einen Seite und Leerstand auf der anderen Seite bündeln sich in benachteiligten und "überforderten Stadtteilen" Konflikte und Belastungen. Bewohner, die es sich leisten können, wandern ab, wenn Nachbarschaft, Wohnumfeld und Infrastruktur vernachlässigt werden. Stadtentwicklungspolitik hat gegen die weitere sozialräumliche Segregation vorzugehen und die Qualität benachteiligter Stadtquartiere spürbar zu verbessern.

Über die traditionelle Stadterneuerung hinaus sind Konzepte, die den komplexen Ursachen der Benachteiligung mit integrierten Ansätzen begegnen und die die Bewohnerschaft einbeziehen, erforderlich. Arbeitsmarkt,- Wirtschafts-, Sozial,- Kultur-, Wohnungs- und Städtebaupolitik müssen ressortübergreifend zusammengeführt werden, um vor Ort gezielt handeln zu können. Ziel ist es, die Situation vor Ort zu stabilisieren und die Bewohner zur Bewältigung ihrer Alltagsprobleme, zur Eigenaktivität und Selbsthilfe zu befähigen. Die lokalen Ansätze sind in eine gesamtstädtische Strategie einzubinden.

Das von der rot-grünen Regierung erstmals im Jahre 1999 aufgelegte Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" hat die öffentliche und politische Wahrnehmung benachteiligter Stadtteile befördert. Um den Zielen auch in Zukunft gerecht werden zu können, ist das Programm zu verstetigen und auszuweiten.

## **Lebendige Innenstädte und Stadtteilzentren**

Die innerstädtischen Zentren haben an Funktion, Qualität und Kaufkraft verloren. Die Konkurrenz großflächiger Einzelhandelsbetriebe auf der "grünen Wiese" hat in den Innenstädten und Stadtteilzentren

vielfach zur Verdrängung mittelständischer Betriebe, zu Verödungs- und Discount-Entwicklungen, zu Leerständen und Brachen geführt. Aber nicht nur die Entwicklung im Einzelhandel trägt zum Attraktivitätsverlust der Zentren bei. Die Abwanderung kaufkräftiger Bevölkerungsschichten, die Vernachlässigung kultureller und Freizeiteinrichtungen, die Verdrängung der Wohnfunktion, die Verkehrsüberlastung sowie Sicherheits- und Sauberkeitsprobleme schwächen die Innenstädte.

Um Investitionen und Ansiedlungen im Zentrum attraktiver zu machen und Innenentwicklung vor Außenentwicklung durchzusetzen, haben Investitionen in die Zentren Vorrang. Auch bei der Neuregelung der Ladenöffnungszeiten sollten Innenstädte und Stadtteilzentren, sowie Kleinstbetriebe gezielt bevorzugt werden. Zentrumsnahe Brachflächen sowie untergenutzte Bahnflächen sind mit dem Ziel einer Stärkung der Innenstädte weiterzuentwickeln und in bestehende Stadtstrukturen zu integrieren.

Von den in den Malls praktizierten Methoden der Selbstorganisation, des Interessenausgleichs, des Branchenmixes und der Kommunikation können die Innenstädte jedoch im Sinne einer vielfältigen Angebotsstruktur und einer gemischten Stadtentwicklung lernen. Der innerstädtische Ladeneinzelhandel wird weder durch die Entwicklungen auf der "grünen Wiese" noch durch neue Techniken wie E-Commerce überflüssig. Aber er wird zunehmend die Qualitäten entwickeln müssen, die das Internet nicht bieten kann - Einkaufen als Erlebnis in städtischem Umfeld und in einem attraktiven öffentlichen Raum, der auch kulturelle und nicht-kommerzielle Angebote macht.

Innenstädte sind aber auch die Lebensorte und Treffpunkte der an den Rand der Gesellschaft Gedrängten. Auch sie haben ein Recht auf den Aufenthalt im öffentlichen Raum. Die Vertreibung von Bettlern und Drogenabhängigen aus den Stadtzentren ist keine Lösung und schafft Probleme an anderen Stellen. Die Innenstädte dürfen sich nicht zu sterilen Einkaufs-Malls entwickeln, die missliebige Passanten überwachen und ausschließen.

Grüne Stadtentwicklung fordert den Umbau der Innenstädte zu Kultur- und Kommunikationszentren mit hohem Wohnanteil, mit guter Erreichbarkeit durch den öffentlichen Nahverkehr, mit eigener unverwechselbarer Identität, Baukultur und Nutzungsvielfalt, mit attraktiven Straßen und Plätzen. Auf der Grundlage integrierter Innenstadtentwicklungs- und Einzelhandelskonzepte sowie mit unverwechselbarem Ambiente und hoher Aufenthaltsqualität ist die regionale Ausstrahlung und damit auch die Kaufkraftbindung zu erhöhen. Wir wollen die wirtschaftliche und kulturelle Vielfalt der Innen-

städte erhalten und weiterentwickeln, um sie zu Kristallisationspunkten der Städte und Regionen auszubauen.

## **Siedlungsverträgliche Mobilität**

Die expansive Siedlungsentwicklung wurde erst durch die Massenmotorisierung möglich. Sie führt mit ihrer geringen Siedlungs- und Nutzungsdichte dazu, dass sich heute große Teile der städtischen Ballungsräume nicht mehr wirtschaftlich mit Bussen oder Bahnen erschließen lassen und die Wege für Fußgänger und Radfahrer zu weit geworden sind. Die Bewohnerinnen und Bewohner, die aus mangelnder Finanzkraft oder aufgrund sozialer Bindungen in den verdichteten Quartieren der Stadtzentren wohnen, werden durch den Autoverkehr der Stadtrandpendler stark belastet.

Bündnis 90/ Die Grünen setzt sich dafür ein, dass sich regionale Standortentscheidungen für verkehrsintensive Nutzungen künftig stärker als bisher an der Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln orientieren. Neue Wohnungsbau- und Gewerbeflächen sind deshalb nur an ÖPNV-erschlossenen Standorten auszuweisen und zu fördern.

Mobilitätsverhalten und Siedlungsflächenentwicklung in den Stadtregionen sind aber nur bedingt umkehrbar. Daher ist auch der Autoverkehr umweltverträglicher auszugestalten. Entscheidende Ansätze hierfür sind die intelligentere Ausnutzung der Fahrten durch Mobilitätskonzepte wie das Car-sharing und technische Verbesserungen der Antriebstechnik.

Eine offensive Strategie der Reduzierung des Individualverkehrs in den Städten ist Voraussetzung, um mehr Wohnqualität und mehr Sicherheit in die Städte zu gewinnen. Allein der ruhende Verkehr stößt in den Städten an Kapazitätsgrenzen. Deshalb sind Alternativen zum motorisierten Individualverkehr wie der Ausbau des ÖPNV, der Fahrradwegenetze und autofreier Stadtgebiete zu entwickeln. In einer Stadt der kurzen Wege können viele Alltagstätigkeiten zu Fuß oder per Fahrrad erledigt werden.

## **Die Steuerungsfähigkeit kommunaler und regionaler Planung verbessern**

Über die Nachhaltigkeit der Entwicklung von Städten und Regionen wird in den Kommunen entschieden. Auch wenn das deutsche Raumordnungs- und Bauplanungsrecht im europäischen Vergleich vorbildlich ist, scheint es derzeit gegen die ungesteuerte Zersiedlung weit gehend wirkungslos zu sein. Die stärkste Siedlungsdy-

namik vollzieht sich abseits der Mittel- und Oberzentren und abseits der raumordnerischen Siedlungsachsen in Kleinstädten und Dörfern nahe der großen Städte. Der Flächenbedarf ließe sich aber weitgehend im bestehenden Siedlungsraum decken, wenn Branchen, Konversionsflächen, Lücken und Verdichtungspotentiale effektiv genutzt würden.

Bündnis 90/ Die Grünen wollen die kommunale Selbstverwaltung als Grundlage der Entwicklung von Städten und Regionen erhalten und stärken. Nur durch Kooperation der Kommunen ist jedoch die Entfaltung regionaler Potentiale möglich. Die kommunale Planungshoheit ist durch landesplanerische Vorgaben in regional abgestimmte Entwicklungspläne überzuleiten, um ökologisch und volkswirtschaftlich schädliche Flächenüberangebote zu verhindern. Hier sind Regionalparlamente zu etablieren, um eine demokratisch legitimierte Regionalentwicklung- und -planung zu gewährleisten und um für einen gerechten Interessenausgleich zu sorgen.

### **Gemeindefinanzen reformieren**

Die Gemeindefinanzordnung macht die Einkommenssteuer zur wichtigsten Einnahmequelle der Kommunen. Dies fördert die Konkurrenz um Einwohnerzug und begünstigt jene Umlandgemeinden, die preiswertes Bauland ausweisen können. Bündnis 90/ Die Grünen setzen sich dafür ein, dass die Einkommenssteuer von Pendlern zwischen Wohn- und Arbeitsort aufgeteilt wird. Flächenausweisungen sind regional zu koordinieren, zum Beispiel durch ein Regionsgesetz, das eine zwischen den Kommunen abgestimmte Flächenentwicklung, den Flächenausgleich und die Infrastrukturplanung innerhalb der Region gewährleistet und einen Finanzausgleich verankert. (Beispiel: Regionsgesetz in der Region Hannover).

### **Raumwirksame Förderprogramme regional differenzieren**

Zahlreiche finanz- und steuerpolitische Instrumente fördern heute die Zersiedlung. Die Eigenheimzulage, die Entfernungspauschale und die degressive Abschreibung (AfA) für den Mietwohnungsneubau sind an die Grundsätze einer nachhaltigen Entwicklung anzupassen.

Die Eigenheimzulage mit ihrer hohen Förderdifferenz zwischen Bestand und Neubau fördert dort besonders viel, wo das Bauland preiswert ist: in ballungsgebietfernen Räumen mit niedrigem Bodenpreisniveau. Deswegen wollen Bündnis 90/ Die Grünen das Eigenheimzulagengesetz reformieren, die Fördersätze für den Bestand deutlich besser stellen und die Neubauförderung regional differenzieren.

Die degressive Steuerabschreibung (AfA) für den Mietwohnungsneubau begünstigt den Neubau gegenüber der Bestandssanierung. Investitionen im Bestand sind künftig auch dem Neubau in der steuerlichen Förderung mindestens gleich oder besser zu stellen.

Die neue Entfernungspauschale hat Individualverkehr und öffentlicher Verkehr endlich gleichgestellt. Sie begünstigt aber weiterhin große Distanzen zwischen Arbeits- und Wohnort. Wer die Stadt der kurzen Wege will, hat für eine stufenweise Reduzierung der Entfernungspauschale einzutreten - auch wenn das nicht populär ist.

### **Bodenrechtliche Instrumente verbessern**

Das starke Bodenpreisgefälle zwischen städtischen Grundstücken und neu erschlossenem Bauland in Umlandgemeinden ist ein zentraler Impuls für die Zersiedlung. Die hohen innerstädtischen Bodenpreise führen zu teuren Wohn- und Gewerbebauten, zu Monstrukturen in der Stadt und teilweise zu Überverdichtung. Sie verhindern oder erschweren die Neuanlage von Grünanlagen, Sport- und Spielplätzen. Die Baulandniedrigpreise im Umland wiederum dienen als Anreiz für flächenextensive und autogerechte Bebauung.

Bündnis 90/ Die Grünen setzen sich dafür ein, Bodenrecht und Bodensteuern weiterzuentwickeln und zum Ausgleich des Bodenpreisgefälles einzusetzen. Eine Grundsteuerreform soll Bauland im besiedelten Bereich mobilisieren. Bodenrichtwerte sind stärker als bisher im Hinblick auf vorhandene Bebauungen und Wert mindern- de Faktoren zu differenzieren und an städtebaulichen Zielen zu orientieren. Kommunales Bodenmanagement soll obligatorisch werden.

### **Kultur in den Städten und Regionen fördern**

Kultur leistet einen wesentlicher Beitrag zur Begründung des politischen Gemeinwesens. Sie ist Medium der kulturellen und politischen Selbstversicherung der Menschen, ist Anlaß für bürgerschaftliches Engagement und bietet Identifikationsmöglichkeiten. Die Erhaltung kultureller und baukultureller Qualitäten und Potentiale kann zu einer stärkeren Bindung an die Stadt und zu mehr Engagement für die städtischen Belange beitragen. Daher wird sich eine nachhaltige Stadt- und Regionalpolitik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Baukultur widmen, die die Verbesserung der Qualitäten der gebauten Umwelt zum Ziel hat. Ein vorausschauender Denkmalschutz wird erhaltenswerte Gebäude für neue Nutzungen öffnen. Die Gestaltung und Aneignung des öffentlichen Raumes (Plätze, Straßen, öffentliche Gebäude) sind zudem unverzichtbare Bestandteile der demokratischen Bürgergesellschaft.

Stadt und Kommunen sind auch Bühne für interkulturelle Dialoge und Orte an denen sich Jugendkulturen bilden und ausdifferenzieren. Kultur leistet einen bedeutenden Beitrag zur Integration von Jugendszenen und Migranten. Zu dem bietet sie vielfältige Möglichkeiten zur Beschäftigungsförderung. Kultur ist weder auf tradierte oder moderne Kulturinstitutionen wie Theater, Musik und Bildende Kunst noch auf kurzatmige und kommerzialisierte Eventkultur einzugrenzen oder ausschließlich für wirtschafts-, beschäftigungs- oder sozialpolitische Zwecke zu instrumentalisieren. Kultur hat einen Selbstzweck, auch wenn sie bisweilen ein starker Motor für Strukturwandel, Kulturtourismus und Stadtmarketing ist. Bündnis 90/Grüne stehen für eine vielfältige Stadtkultur, die einer breiten Kulturförderung von Bund, Ländern und Gemeinden bedarf.

## **Bürgerschaftliches Engagement stärken**

Der Weg zu einer nachhaltigen Stadt- und Regionsentwicklung erfordert nicht nur neue Ziele, sondern auch neue Verfahren und Strukturen zu ihrer Durchsetzung. Die Strukturen von Verwaltungsarbeit erschweren jedoch häufig Mitwirkungs-, Mitsprache- und Mitbestimmungsmöglichkeiten. Alte Gewohnheiten sind jedoch auch auf der Ebene der Nutzerinnen und Nutzer in Frage zu stellen, wenn es darum geht, Nachhaltigkeitsziele umzusetzen. Der Einsatz neuer Technologien zur Energieeinsparung im Wohnungsbau läuft beispielsweise ins Leere, wenn Bewohnerinnen und Bewohner nicht bereit sind, ihr Heiz- und Lüftungsverhalten zu ändern. Im Sinne der Nachhaltigkeit gewünschte Verhaltensänderungen lassen sich kaum "verordnen". Verständnis und Mitwirkungsbereitschaft sind nur mit Information und Kooperation zu erreichen.

Bündnis 90/ Die Grünen setzen sich für kooperative und flexible Planungs- und Entscheidungsverfahren ein, für die Verbesserung ressortübergreifender Zusammenarbeit innerhalb öffentlicher Verwaltungen, die frühzeitige Einbindung aller relevanten Akteure und eine projektbezogene Kooperation zwischen öffentlicher Hand und privater Wirtschaft. Bürgerinnen und Bürger sind frühzeitig und umfassend über Planungs- und Entscheidungsprozesse zu informieren und einzubeziehen. Auch Kinder und Jugendliche sollen aktiv in Stadtgestaltungsprozesse einbezogen werden. Bereits in Schulen und Kindergärten ist der "Lernbereich Wohnen" zu thematisieren. Öffentlichkeitsarbeit sowie ernst gemeinte Beteiligung und Mitbestimmung erfordert die Bereitstellung von finanziellen Mitteln. Mit Unterstützung von Bürger-Anliegen und schnell sichtbaren Ergebnissen kann sich bürgerschaftliches Engagement vervielfachen.

Bundesarbeitsgemeinschaft Planen, Bauen, Wohnen von Bündnis 90/Die Grünen

AutorInnen:

Ulrich Burmeister (Referent Ministerium Bauen und Wohnen NRW, Bielefeld), Klaus Habermann-Nießé (Architekt und Stadtplaner SRL, Planerwerkstatt 1/IWS, Hannover), Wolfgang Kiehle (Wohnbundberatung NRW, Bochum), Elke Kleinwächter-Jarnot (Architektin und Stadtplanerin SRL, Berlin), Felicitas Kraus (Berlin), Barbara Oesterheld (Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin für Bündnis 90/Die Grünen), Jörg Penner (Architekt und Stadtplaner, Köln) und Carola Scholz (Referentin Ministerium Bauen und Wohnen NRW, Berlin/Frankfurt)